

3 Die Ukraine und die Europäische Union: Langsam aber sicher in Richtung Mitgliedschaft

Susan Stewart

Einleitung: Die Ukraine und die Europäische Gemeinschaft entdecken sich¹

Kann die Europäische Union (EU) ein Land aufnehmen, das mit seinem Nachbarn einen Krieg führt? Das könnte die Frage sein, die die EU in Bezug auf die Ukraine beantworten muss, wenn der von Russland initiierte Krieg sich hinzieht und die Ukraine es trotzdem schafft, die notwendigen Reformen zügig durchzuführen. Bislang hat der Krieg, wohl eher wider Erwarten, die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU eher vorangetrieben als gebremst.

Nach dem Zusammensturz der Sowjetunion im Jahr 1991 hat kaum jemand an einen künftigen Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union gedacht. Vielmehr entstand ein gewisser Leerraum, den zuerst niemand gefüllt hat und in dem die unerwartet unabhängig gewordene Ukraine weitgehend alleine mit ihrem neuen Status fertig werden musste. Die EU (und die NATO) wurden in den 1990er Jahren überflutet mit Forderungen aus den ehemaligen Satellitenstaaten der UdSSR (Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei bzw. ab 1993 der Tschechischen Republik und der Slowakei) sowie aus den baltischen Ländern, die zwischen 1944 und 1991 Sowjetrepubliken waren. Diese Staaten wollten alle Mitglieder der NATO, aber auch der EU, werden. Es ging ihnen um eine „Rückkehr nach Europa“, aber auch um eine Flucht weg von Moskau, um eine Möglichkeit, woanders ihre Sicherheit und Wohlstand zu verankern und zu schützen.

Die Ukraine fiel nicht in diese Staatengruppe. Stattdessen suchte sie einen Mittelweg. Am 1. Dezember 1991 stimmten über 90 % der Ukrainer und Ukrainerinnen für die Unabhängigkeit ihres Landes. Gleichzeitig wählten sie Leonid Krawtschuk zu Ihrem Präsidenten. Auch wenn Krawtschuk zu einem Befürworter der Unabhängigkeit mutiert hatte, war er bereits 1958 in die Kommunistische Partei eingetreten und wurde 1989

¹ Ich bedanke mich herzlich bei Iryna Solonenko (†) für ihre Kommentare zu einem Entwurf dieses Kapitels.

Präsident des Obersten Sowjets der Ukraine. Er war also ein Teil des sowjetischen Systems, anders als sein Hauptgegner bei der Wahl, Wjatscheslaw Tschornowil, ein früherer Dissident. Zusammen mit dem belarussischen Staatsoberhaupt Stanislav Schuschkewitsch und dem russischen Präsidenten Boris Jelzin hat Krawtschuk die Ukraine in eine neue, lose Zusammenkunft, die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, geführt. Auch wenn diese Organisation wenig Wirkung entfaltete, war ihre Entstehung ein Zeichen dafür, dass viele ehemalige Sowjetrepubliken nicht auf die Unabhängigkeit vorbereitet waren und bestehende Verbindungen beibehalten wollten.

Auch die Europäische Gemeinschaft (EG) war mit der Unabhängigkeit der Ukraine (und der anderen ehemaligen Republiken der UdSSR) erst einmal überfordert. Obwohl der Zerfall der Sowjetunion die Chance für eine Neugestaltung der politischen, wirtschaftlichen und sicherheitsbezogenen Landkarte Europas bot, waren die existierenden Institutionen in keinerlei Weise auf eine solche Umwandlung vorbereitet. In dieser Phase spielte die Geografie eine entscheidende Rolle. Es waren vor allem die Länder, die direkt an der EG (seit 1993 EU) grenzten, die einen starken „Drang nach Europa“ entwickelten. Dies drückte sich in einem großen Interesse sowohl an einem EU-Beitritt als auch an einer NATO-Mitgliedschaft aus. Die Folgen dieser Phase sind bekannt: Die EU nahm 2004 zehn Staaten auf, davon sieben aus Mittel- und Osteuropa.² Die Ukraine fiel aber nicht in diesen Kreis und wurde von der EU in einer anderen Kategorie betrachtet. Sie hatte keine Grenze mit der EG, war eine ehemalige Sowjetrepublik und hatte keinen solchen Druck auf die EG ausgeübt wie die Staaten, auf die die Erweiterung 2004 sich verstreckte.³ Von daher wurde die Ukraine von der EG in den Jahren unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion weitgehend vernachlässigt und erst zu einem späteren Zeitpunkt von der Außenpolitik der Mitgliedsstaaten der EG ernsthaft berücksichtigt.

Die Phase der Neuorientierung blieb aber auf beiden Seiten kurz. Bereits 1993 hat die Ukraine die Annäherung an die EG in einer parlamentarischen Resolution zu einem ihrer außenpolitischen Ziele erklärt, auch wenn die Verbindung zu Russland sich viel stärker auswirkte als die sich entwickeln-

2 Es handelt sich um Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Estland, Lettland und Litauen. 2007 kamen Bulgarien und Rumänien hinzu.

3 Die baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen) waren zwar auch ehemalige Sowjetrepubliken, unterschieden sich aber von der Ukraine in einigen Hinsichten. Sie waren durch ihre Ostseegrenzen geografisch näher an der EG, ihre Zugehörigkeit zur UdSSR war umstritten gewesen und sie waren nicht ostslawisch geprägt.

de Beziehung zur EG (Werchowna Rada Ukrainskoi 1993). Dennoch wurden die Beziehungen durch die Unterzeichnung eines Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA) im Jahr 1994 formalisiert. In Kraft getreten ist das Abkommen allerdings erst 1998, nach der Ratifizierung durch die Ukraine und die Mitgliedsstaaten der EG. Es regelte das Verhältnis auf einer sehr allgemeinen Ebene und zeugte von einem „one size fits all“-Ansatz der EU vis-à-vis den ehemaligen Sowjetrepubliken (mit Ausnahme der baltischen Staaten). Es bildete aber den Grundstein der Beziehungen in den ersten Jahren des neuen Verhältnisses und lief erst 2008 aus, während der Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen (s. unten).⁴

Auch wenn die Ukraine den Wunsch einer Annäherung an die EG bzw. EU in ihrer Politik klar formuliert hat, ging in dieser Phase die Initiative dennoch stärker von der EU aus, die mit dem PKA ein Instrument entwickelte, um die Beziehungen zu den ehemaligen Republiken der UdSSR in einen Rahmen zu gießen. Die außenpolitische Elite der Ukraine war in dieser Phase noch im Anfangsstadium und strategisches Denken im außenpolitischen Bereich blieb unentwickelt. Auch wenn die Ukraine aufgrund ihres Sitzes in den Vereinten Nationen etwas mehr Erfahrung auf der internationalen Bühne hatte als einige andere Sowjetrepubliken, war es dennoch so, dass die talentiertesten Leute in der Regel Moskau als Studien- und Arbeitsort gewählt haben, sodass es nach der Unabhängigkeit notwendig war, eine kompetente und effektive außenpolitische Elite aufzubauen.⁵

Die EU vertieft die Beziehungen zu ihrer Nachbarschaft

Eine substantiellere Phase in den EU-Ukraine-Beziehungen startete 2003 mit einem systematischeren Versuch seitens der EU, das Verhältnis zu den Nachbarstaaten zu gestalten. Dieser Versuch begann mit dem Begriff „Größeres Europa“ („Wider Europe“), der in einer Kommunikation der Europäischen Kommission erklärt wurde. Es ging darum, „wie der Rahmen für die Beziehungen der Union zu den Nachbarstaaten erweitert werden kann, die derzeit keine Aussicht auf Mitgliedschaft in der EU haben“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2003: 4). Dem folgte bereits 2004 die Schaffung einer Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), die 16 Länder im Osten und Süden der EU umfasste. Das Hauptziel dieser Politik war

4 Zur Phase der PKA und den darauffolgenden Entwicklungen siehe Molchanov (2004).

5 Zur Entwicklung der ukrainischen Außenpolitik seit 1991 siehe Stewart (2022).

es, einen Ring von befreundeten Staaten rundum der EU zu kreieren und zu deren Wohlstand, Sicherheit und Stabilität beizutragen (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2004). In der ersten Phase der ENP setzte sich die Vorgehensweise „one size fits all“ fort. Die Europäische Kommission versuchte nämlich, alle betroffenen Länder mit einem ähnlichen Ansatz zu behandeln. Es stellte sich bald heraus, dass dies unrealistisch war, denn einige Länder gehörten zu Europa (und hatten dadurch z.B. die Möglichkeit, eine Mitgliedschaft in der EU zu beantragen), während dies bei anderen nicht der Fall war.

Fast gleichzeitig mit der Einführung der ENP fand die Orange Revolution in der Ukraine statt.⁶ Dieses Großereignis führte zu einem Wechsel an der politischen Spitze des Landes, der wichtige Folgen für die Beziehung zur EU hatte. Im Dezember 2004 protestierten bis zu 500.000 ukrainische Bürgerinnen und Bürger gegen die Politik des damaligen Präsidenten Leonid Kutschma und vor allem gegen gefälschte Präsidentschaftswahlen, die den von Kutschma ausgesuchten Nachfolger Wiktor Janukowytsch an die Macht gebracht hatten. Die Proteste, die von zwei Figuren der damaligen politischen Elite, Wiktor Juschtschenko und Julia Tymoschenko, angeführt wurden, mündeten in eine Mediation durch die EU und einige Mitgliedsstaaten. Im Dezember 2004 fuhren der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU Javier Solana zusammen mit dem polnischen Präsidenten Alexander Kwasniewski und dem litauischen Präsidenten Valdas Adamkus nach Kyjiw. Sie einigten sich mit Kutschma darauf, dass es eine dritte Wahlerunde geben würde, die von internationalen Organisationen wie der OSZE und dem Europarat beobachtet werden würde, um Fragen der Wahlfälschung weitgehend ausschließen zu können.⁷

Die dritte Wahlerunde ergab, dass eine Mehrheit der Bevölkerung für Wiktor Juschtschenko stimmte. Am 23. Januar 2005 wurde er entsprechend als Präsident vereidigt. Julia Tymoschenko wurde Premierministerin. Zwar führten interne Streitigkeiten zwischen den beiden sowie problematische Politikansätze dazu, dass die Amtszeit von Juschtschenko wenig effektiv war und den Weg für die Wahl von Wiktor Janukowytsch im Jahr 2010 ebnete. Dennoch lieferte Juschtschenkos Präsidentschaft vor allem zu Be-

⁶ Zu den Implikationen dieser Gleichzeitigkeit und den Folgen der ENP für die Ukraine siehe Wolczuk (2008).

⁷ Zur Rolle der Europäischen Union in der Orangen Revolution siehe Sushko & Prystayko (2006).

ginn wichtige Impulse für die Beziehungen zur EU.⁸ Juschtschenko bestand darauf, dass die EU der Ukraine so viel wie möglich anbietet, um das Verhältnis voranzutreiben. Aufgrund der Annahme, dass es Juschtschenko gelingen würde, das Land zügig zu reformieren, reagierte die EU mit dem Vorschlag eines Assoziierungsabkommens, das erheblich weiter ging als ähnliche Dokumente, die mit anderen Staaten abgeschlossen wurden (van der Loo et al. 2014).⁹ Unter Juschtschenko wurden also die Verhandlungen des heutigen Assoziierungsabkommens begonnen, das den Weg zur EU-Mitgliedschaft ebnen soll. Auch wenn die Verhandlungen aufgrund der höchst problematischen Staatsführung des Präsidenten sowie der ständigen Querelen innerhalb der ukrainischen Elite nicht besonders schnell avancierten, ist es Juschtschenko und seinem Team gelungen, die Entwicklung der Beziehungen zur EU erheblich zu beeinflussen, sowohl was das Tempo als auch was die Inhalte anbelangt.

Es gab allerdings auch Treiber der Beziehungen, die nicht direkt von der EU bzw. von der Ukraine gekommen sind. Im August 2008 kam es zu einem kurzen Krieg zwischen Russland und Georgien. Es war die georgische Seite, die die Kampfhandlungen begonnen hat. Allerdings hatte Russland davor einiges unternommen, um die Georgier zu provozieren und einen Vorwand für eine starke russische Antwort zu schaffen. Vor allem wurden russische Pässe im großen Stil an die Bewohnerinnen und Bewohner des Gebiets Südossetien verteilt. (Das Gebiet gehört völkerrechtlich zu Georgien, hatte sich aber für unabhängig erklärt und befand sich *de facto* unter russischer Kontrolle.) Außerdem hatte Russland bereits Truppen auf der russischen Seite des Roki-Tunnels stationiert, der russisches mit georgischem Territorium verbindet. Nach einem georgischen Angriff auf die Hauptstadt Südossetiens, Tschinwali, haben russische Truppen den Tunnel durchquert und sich auf dem Weg nach der georgischen Hauptstadt Tbilisi gemacht. Eine Mediation durch den damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy (Frankreich hatte zu dem Zeitpunkt die EU-Ratspräsidentschaft inne) führte zu einem Ende der Kampfhandlungen sowie zu einer Vereinbarung, die aber in der Folge von der russischen Seite verletzt wurde.

Dieser kurze Krieg hatte Folgen für die Europäische Nachbarschaftspolitik und damit auch für die Ukraine und ihre Beziehungen zur EU. Sie diente als Anlass, die Entstehung der bereits geplanten „Östlichen Partner-

8 Zum ambivalenten Verhalten der Ukraine und der EU sowie zur Rolle Russlands siehe Hurak (2019).

9 Bis 2008 wurde das Dokument als „new enhanced agreement“ bezeichnet.

schaft“ (ÖP) zu beschleunigen. Diese Initiative, die auf einer Idee von Polen und Schweden beruhte und schließlich die Akzeptanz aller EU-Mitgliedsstaaten fand, besiegelte die faktische Aufteilung der ENP in zwei Teile: einen östlichen und einen südlichen. Bereits im Juli 2008 wurde die Union für das Mittelmeer kreiert, die von Nicolas Sarkozy vorgeschlagen wurde und den bereits davor bestehenden Barcelona-Prozess fortsetzte. Da diese Union sich mit den südlichen Nachbarstaaten der EU beschäftigte, erschien es nur logisch, ein Äquivalent für die östlichen Nachbarn zu schaffen. Hinzu kam, dass insbesondere Polen herausstellen wollte, dass zumindest einige der Länder der Östlichen Partnerschaft als „europäische Nachbarn“ im Prinzip die Möglichkeit haben, der EU beizutreten. Polen und einige andere EU-Mitgliedsstaaten sahen in der ÖP eine Brücke zur Mitgliedschaft, während wiederum andere sie eher als Ersatz für eine Mitgliedschaftsperspektive wahrnahmen. Die Östliche Partnerschaft wurde 2009 offiziell eingeführt und umfasste sechs Staaten: Belarus, die Ukraine, die Republik Moldau, Georgien, Armenien und Aserbaidschan.

Auch wenn die Einstellung der Ukraine zur Östlichen Partnerschaft von Skepsis geprägt war, hatte die Einleitung dieser Initiative durchaus positive Folgen für sie.¹⁰ Die ÖP lenkte mehr Aufmerksamkeit auf die sechs östlichen ENP-Länder und machte die Frage einer Mitgliedschaftsperspektive für einige von ihnen zu einer zentralen Angelegenheit, mit der auch die EU und ihre Mitgliedsstaaten sich immer wieder befassen mussten.

Ab spätestens 2004 wurden die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU also intensiver und die Treiber komplexer. Auf der einen Seite haben EU-Vertreterinnen und Vertreter verstanden, dass aufgrund der Erweiterung nach Osten die EU neue, zum Teil unmittelbare Nachbarn hatte, mit denen sie ihre Beziehungen besser und systematischer regeln sollte. Auf der anderen Seite haben Ereignisse in der Ukraine, vor allem die Orange Revolution und ihre Folgen, zu stärkeren Forderungen bezüglich des Verhältnisses mit der EU geführt. Die Kombination von all diesen Entwicklungen generierte als Hauptergebnis die Idee des Assoziierungsabkommens und führte zum Beginn der (letztendlich sehr langwierigen) Verhandlungen. Schließlich hat Russland mit seinen feindlichen Handlungen vis-à-vis Georgien die Entstehung der Östlichen Partnerschaft als Teil der ENP beschleunigt, die als Rahmen für die weitere Entwicklung der EU-Ukraine-Beziehungen fungierte. Im Endeffekt tendierten alle Treiber in

10 Zu dieser Skepsis siehe Solonenko (2011).

eine ähnliche Richtung und bewirkten, dass sich zwischen 2004 und 2010 ein Schub im EU-Ukraine-Verhältnis vollzog.

Die Präsidentschaft von Wiktor Janukowytsch und der Euromaidan: Russland als Spoiler

Im Februar 2010 wurde Wiktor Janukowytsch ukrainischer Präsident mit 48,95 % der Stimmen in der zweiten und letzten Wahlrunde. Er wurde sowohl von Wählern und Wählerinnen in der Ukraine als auch von Beobachtenden außerhalb des Landes als eher pro-russisch wahrgenommen. In der Tat schloss er kurz nach seiner Wahl eine Reihe von Abkommen mit Russland ab, die der Ukraine billiges russisches Gas sicherten und Russland die Kontrolle über seine Militärbasen auf der Halbinsel Krim, dem Standort seiner Schwarzmeerflotte, weiterhin garantierten (Sherr 2010).

Dennoch war Janukowytsch auch am Ausbau der Beziehungen der Ukraine zur EU interessiert. Wie sein Vorgänger Leonid Kutschma wollte er sowohl mit Russland als auch mit der EU das Verhältnis vertiefen, um so von den Angeboten beider Seiten profitieren und jeder Seite mit dem weiteren Ausbau der Beziehungen zur anderen drohen zu können (Shyrokykh 2018). In der Tat avancierten die Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen unter Janukowytsch relativ zügig, sodass das Dokument zum Herbst 2013 bereits unterschriftsreif war. Es war die Absicht der EU, die Unterzeichnung als Herzstück des Gipfels der Östlichen Partnerschaft in Vilnius im November 2013 zu präsentieren, trotz andauernden rechtsstaatlichen Problemen in der Ukraine, die sich vor allem in der Inhaftierung der ehemaligen Premierministerin Julia Tymoschenko personifizierten.¹¹

Doch dazu kam es nicht. Zur großen Überraschung der Staatsoberhäupter aus den EU-Mitgliedsstaaten, die sich in Vilnius eingefunden hatten, entschied Janukowytsch, seine Unterschrift zu verweigern. In der Folge wurde bekannt, dass er lukrative Angebote von Wladimir Putin erhalten hatte, die ihm ein Paket von etwa 15 Mrd. Euro für den Fall Versprach, dass er das Abkommen platzen ließ. Offensichtlich hatte Putin entschieden, dass die Annäherung der Ukraine an die EU mit dem Abschluss des Assoziierungsabkommens und dem damit verknüpften Freihandelsabkommen

11 Ihre Verurteilung und Inhaftierung wurde im Westen als politisch motivierte Handlung gesehen. Siehe Stewart (2011).

(DCFTA) eine Grenze überschreiten würde, die für Russland wichtig war. Es galt, das Abdriften der Ukraine immer weiter in die westliche politische, wirtschaftliche und eventuell auch Verteidigungssphäre zu vermeiden.

Janukowytsch kam also mit leeren Händen nach Kyjiw zurück. Offensichtlich hatte er den Widerstand in der eigenen Bevölkerung unterschätzt, denn als Reaktion auf seine Entscheidung, die Beziehungen zur EU de facto einzufrieren, gingen viele Bürgerinnen und Bürger auf den zentralen Platz, den „Maidan nezalezhnosti“ (Platz der Unabhängigkeit), um ihren Protest friedlich auszudrücken. Ein Versuch der Ordnungskräfte, die Proteste durch Gewalt zu unterdrücken, führte lediglich dazu, dass wesentlich mehr Leute auf den Platz strömten. Bald mutierten die Demonstrationen in Anti-Regime-Proteste, die den korrupten Charakter der herrschenden Elite anprangerten und ihren Rücktritt forderten. Die Protestierenden waren heterogen, was ihre geografische Herkunft, ihr Alter, ihr Geschlecht sowie ihre Muttersprache betraf (Onuch 2014). Auch Mitglieder von Oppositionsparteien schlossen sich den Protesten an, obwohl sie nie den Kern davon ausmachten.

Die Proteste weiteten sich aus und setzten sich trotz eisiger Temperaturen bis fast Ende Februar 2014 fort. Mit der Zeit nahm der Organisationsgrad zu und es kamen auch Elemente der Gewalt hinzu, vor allem um auf die repressive Gewalt der staatlichen Gegenseite zu reagieren. Die Demonstrierenden erhielten Zuspruch und Unterstützung aus dem Westen, unter anderem von vielen EU-Mitgliedsstaaten. Am 20. Februar kamen der deutsche, der polnische und der französische Außenminister nach Kyjiw, um zwischen Janukowytsch und den politischen Kräften des Maidans zu verhandeln.¹² Sie erreichten einen Kompromiss, im Rahmen dessen die Proteste aufhören würden und Janukowytsch vorgezogene Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Dezember 2014 akzeptieren würde. Am nächsten Tag hat Janukowytsch sich jedoch abgesetzt und ist über Charkiw und die Krim nach Russland geflohen. Anscheinend fühlte er sich der Unterstützung seiner eigenen Sicherheitskräfte nicht mehr sicher genug, um in der Ukraine zu bleiben.¹³

Es kam also zu einer neuen Phase, die mit der temporären Übernahme der Präsidentschaft durch den Parlamentssprecher Oleksandr Turtschynow

12 Auch der russische Menschenrechtsombudsmann Wladimir Lukin nahm an den Verhandlungen teil, obwohl er das Enddokument nicht unterzeichnet hat.

13 Zur Rolle der EU in der Amtszeit von Janukowytsch siehe Burlyuk & Shapovalova (2017).

und der Organisation von Neuwahlen begann (Pridham 2014). Die russische Führung akzeptierte diese Entwicklung allerdings nicht. Putin sprach (und spricht heute noch) von einem Putsch, der illegitime Personen an die Macht katapultiert habe.¹⁴ Die russische Reaktion auf die Ereignisse in Kyjiw war die Besetzung und Annexion der Halbinsel Krim, gefolgt von der militärischen, finanziellen und administrativen Unterstützung der sogenannten „Separatisten“ im Donbas. In den Regionen Donetsk und Luhansk hatten sich kleine Gruppen gebildet, die gegen den Euromaidan und den Machtwechsel in Kyjiw protestierten. Einige Gruppierungen aus dem kleinkriminellen Milieu gesellten sich dazu und wurden dabei von Russland auf mehrfacher Weise unterstützt, sowohl durch offizielle Stellen als auch durch freiwillige Kämpfer.

All das hat einen neuen Kontext für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU geschaffen. Erstens hatte sich Russland nicht nur klar gegen eine weitere Integration der Ukraine in die EU positioniert, sondern auch einen eklatanten Völkerrechtsbruch begangen. Zweitens hatte die neue ukrainische Führung unmissverständlich klar gemacht, dass sie den Ausbau des Verhältnisses mit der EU beschleunigen wollte. Hierin schien sie durch große Teile der Bevölkerung unterstützt zu sein.

Die EU hat auf vielfacher Weise reagiert. Erstens hat sie Sanktionen gegen Russland erlassen, die mit der Zeit immer harscher wurden. Auch wenn sie relativ mild erscheinen, wenn man sie mit den späteren Sanktionen ab Februar 2022 vergleicht, war es dennoch erstaunlich, dass die Mitgliedsstaaten sich auf einen solchen Schritt einigen konnten. Denn davor war das Verhältnis zu Russland ein Thema, das diese Staaten immer wieder gespalten hatte. Zweitens hat die EU einen Teil des Assoziierungsabkommens sofort durch den Übergangspräsidenten der Ukraine, Turtschynow, unterzeichnen lassen, um klarzustellen, dass sie weiterhin eine Intensivierung der Beziehungen befürwortet. Der zweite Teil wurde im Juni 2014 vom neu gewählten Präsidenten Petro Poroschenko unterschrieben, der den Euromaidan unterstützt hatte, obwohl er davor ein Teil der ukrainischen politischen sowie wirtschaftlichen Elite gewesen war und unter anderem unter Janukowitsch als Handelsminister gedient hatte.

Es folgte eine komplexe Phase, in der sich die Ratifizierung des Abkommens durch die EU-Mitgliedsstaaten hingezogen hat. Vor allem die Niederlande äußerten Bedenken bezüglich der Verpflichtungen der EU

14 Später wurden die Vertreter und Vertreterinnen der neuen ukrainischen Spitzenelite im offiziellen russischen Sprachgebrauch als „Neonazis“ bzw. „Faschisten“ bezeichnet.

gegenüber der Ukraine und bestanden auf einem Zusatzdokument, das betonte, dass die EU unter anderem sich nicht verpflichtete, die Ukraine aufzunehmen (Teffer 2016). Hinzu kam eine trilaterale Gesprächsreihe zwischen der EU, der Ukraine und Russland über mögliche Folgen des Assoziierungsabkommens und des Freihandelsabkommens (DCFTA) für das russisch-ukrainische Verhältnis. Die EU willigte in diese Gespräche ein nach wiederholtem Insistieren der russischen Seite, dass das Abkommen erhebliche Probleme in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine kreieren würde. Allerdings wurden die russischen Argumente im Rahmen des Gesprächsprozesses diskreditiert (European Commission 2015). Infolge dieser unterschiedlichen, teilweise parallel verlaufenden Verfahren konnte das Assoziierungsabkommen zusammen mit dem DCFTA erst am 1. September 2017 vollständig in Kraft treten (Europäische Kommission 2017).

Diese Entwicklungen weisen auf einige Merkmale der EU-Ukraine-Beziehungen in dieser bewegten und komplizierten Periode hin. Klar zu sein scheint, dass die Ukraine als Haupttreiber der Intensivierung des Verhältnisses fungiert hat. Sowohl große Teile der Bevölkerung während der Euromaidan-Proteste als auch die herrschende Elite nach dem Sturz von Wiktor Janukowytsch haben eindeutig gezeigt, dass sie die Beziehungen zur EU möglichst schnell vorantreiben wollten. Gleichzeitig wurde in dieser Periode besonders offensichtlich, dass Russland als *spoiler* interveniert und bereit ist, die Ukraine auch durch Erpressung von einer Vertiefung der Beziehungen zur EU abzuhalten, selbst wenn diese Vertiefung keine unmittelbaren Nachteile für das russisch-ukrainische Verhältnis aufweist. Die EU blieb in diesen Jahren eher reaktiv. Zwar unterstützte sie den Euromaidan und die sich daraus ergebende neue Macht in Kyjiw. Allerdings wurde es klar, dass nicht alle EU-Mitgliedsstaaten von der Idee einer intensivierten Beziehung zur Ukraine begeistert waren. Es herrschte gar erhebliche Skepsis diesbezüglich in einigen Ländern, was für die Entwicklung des Verhältnisses kein gutes Zeichen war. Auf der anderen Seite reagierte die EU mit einer klaren Verurteilung sowie einer Reihe von Sanktionen auf Russlands Annexion der Krim und seine Handlungen im Donbas. Zwei EU-Mitgliedsstaaten, Deutschland und Frankreich, initiierten das sogenannte Normandie-Format, um in dem kriegerischen Konflikt zwischen der Ukraine und Russland bezüglich des Donbas zu vermitteln. Dennoch war die ereignisreiche Phase zwischen 2013 und 2015 vor allem geprägt von der zunehmenden Konfrontation zwischen der Ukraine und Russland sowie von dem klaren

Bekenntnis der ukrainischen Seite zu einem Ausbau der Beziehungen zu Brüssel.

Das Assoziierungsabkommen und der Beginn von ernsthaften Reformen

Zwischen 2015 und 2022 hat sich die Lage etwas stabilisiert. Dennoch blieb der Kontext angespannt, da die Halbinsel Krim durch Russland weiterhin besetzt war und der Prozess der völkerrechtswidrigen Annexion sich fortsetzte. In den Teilen des Donbas, die de facto von Russland kontrolliert wurden, vor allem an der sogenannten Kontaktlinie, kam es immer wieder zu Kampfhandlungen, die Tote und Verletzte auf beiden Seiten forderten.¹⁵

Brüssel beschäftigte sich weniger mit der Situation im Donbas, da Deutschland und Frankreich sich im Rahmen des Normandie-Formats um eine Besserung der Lage und gar um eine Lösung des dortigen Konflikts bemüht haben. Auf EU-Ebene war man viel stärker mit den Reformprozessen in der Ukraine befasst, die sich unter Poroschenko einsetzten. Bereits 2014 wurde die Support Group Ukraine (SGUA) in Brüssel eingerichtet – eine Gruppe von Personen, die über die nächsten Jahre die ukrainischen Reformen in ganz unterschiedlichen Bereichen eng begleiteten und unterstützten. Außerdem etablierten sich enge Kontakte nicht nur zwischen offiziellen ukrainischen Stellen und EU-Behörden in Brüssel, sondern auch zwischen letzteren und Teilen der ukrainischen Zivilgesellschaft. Es entwickelte sich die sogenannte „Sandwich-Methode“, bei der sowohl die Brüsseler Bürokratie als auch ukrainische Organisationen Druck auf Politiker:innen und Beamte:innen in Kyjiw ausübten, um bestimmte Reformschritte zu erreichen.

Dieser Druck war notwendig, denn auch wenn die 2014 gebildete Regierung unter Premierminister Arsenij Jazenjuk wesentlich reformorientierter war als ihre Vorgängerinnen, ließ das Tempo von einigen Reformen einiges zu wünschen übrig. Bei makroökonomischen und finanziellen Fragen war die Ukraine durchaus erfolgreich und erreichte eine wichtige Stabilität, die die Basis für einige andere Reformen sowie für notwendige Kredite durch den IWF, die Weltbank und die EU bildete. Auch andere Sektoren, zum Beispiel im Energiebereich, machten beeindruckende Fortschritte. Weitere Sphären, vor allem die Reform des Justizsektors sowie diejenige im Bereich

15 Im Laufe des kriegerischen Konflikts im Donbas zwischen 2014 und Anfang 2022 starben über 14.000 Personen. Siehe International Crisis Group (o.D.).

der Sicherheits- und Ordnungskräfte, kamen allerdings kaum vom Fleck.¹⁶ Die Abwesenheit von solchen Reformen behinderte die Transformation des Landes weg von einem oligarchischen System hin zu einer transparenten Demokratie mit fairen marktökonomischen Strukturen. Neue Behörden wurden geschaffen, um die grassierende Korruption im Land anzugehen, aber der Widerstand gegen diese Einrichtungen zeigte, wie mächtig und entschlossen die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Netzwerke waren. Hinzu kam, dass Poroschenko selbst zu den reichsten Oligarchen des Landes zählte und dadurch selber ein Interesse am Erhalt des bisherigen Systems hatte.

Dennoch hat rückblickend die Jazenjuk-Regierung eine beeindruckende Reformbilanz, vor allem wenn man bedenkt, dass sie während einer Phase großer Instabilität agieren musste, in der die territoriale Integrität des Landes verletzt und Russland positive Entwicklungen in der Ukraine zu unterbinden gewillt war. Während der nachfolgenden Regierung unter Wolodymyr Hroisman hat das Reformtempo etwas nachgelassen. Auf der anderen Seite ist im Juni 2017 das sogenannte „visafreie Regime“ in Kraft getreten. Dies bedeutete, dass Ukrainer und Ukrainerinnen in die EU zu Touristenzwecken für bis zu drei Monaten reisen konnten, ohne über ein Visum zu verfügen. Um dies zu erreichen, musste die Ukraine eine ganze Reihe von Maßnahmen unternehmen, die von der EU im Aktionsplan für Visaliberalisierung spezifiziert wurden. Dieser Prozess hat etliche Jahre gedauert und wurde zum Schluss von der EU noch verzögert aus Gründen, die mit den von der Ukraine erbrachten Leistungen nichts zu tun hatten (EURACTIV.com & AFP 2016). Die endgültige Entscheidung, der Ukraine den „visafreien“ Status zu geben, wurde in Kyjiw als ein wichtiger Meilenstein in den Beziehungen zur EU wahrgenommen.

Insgesamt ist es schwierig, sich ein adäquates Bild von der Entwicklung des EU-Ukraine-Verhältnisses zu machen. Dies liegt daran, dass das Assoziierungsabkommen und sein DCFTA, auf denen sich die Beziehungen basieren, äußerst umfassend sind und viele unterschiedliche Bereiche abdecken. Entsprechend komplex fallen die Evaluierungen der Fortschritte aus. Die jährlichen Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission sind detailliert und weisen sowohl auf die wesentlichen Errungenschaften des

16 2014 schuf die EU die EU Advisory Mission (EUAM) Ukraine, die vor allem die Reformen im Sicherheitssektor begleiten und mit sinnvollen Ratschlägen unterstützen soll. Diese Institution hat allerdings einige Schwierigkeiten erfahren, u.a. aufgrund der Enge des ursprünglichen Mandats.

jeweiligen Jahres als auch auf die Hauptdefizite hin.¹⁷ Ukrainische Einschätzungen fallen in der Regel optimistischer aus und versuchen, den Grad der Umsetzung der Abkommen zu quantifizieren, zum Beispiel mit einer Gesamtprozentzahl oder mit prozentualen Angaben in den jeweiligen Bereichen. Die Bewertungen von Regierungsstellen sind oft positiver als diejenigen, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen veröffentlicht werden. Nicht immer sind die Methoden hinter den offiziellen Einschätzungen transparent. Klar ist, dass es auf beiden Seiten Akteure gibt, die a) ein Interesse daran haben, die Reformen voranzutreiben und b) ernsthafte Anstrengungen unternehmen, um die Fortschritte zu verfolgen und zu bewerten.

Unter Poroschenko war die außenpolitische Richtung der Ukraine klar und beinhaltete unter anderem eine angestrebte Mitgliedschaft in der EU. Während seiner Wahlkampagne für eine zweite Amtszeit wurde auf Poroschenkos Vorschlag hin die Integration in EU und NATO sogar als außenpolitisches Ziel in die ukrainische Verfassung aufgenommen. Dennoch nahmen die Anstrengungen auf der ukrainischen Seite, Reformen im Sinne einer EU-Integration umzusetzen, allmählich ab. Im April 2019 gewann Wolodymyr Selenskyj die Präsidentschaftswahl. Dies war vor allem ein Zeichen, dass die Bürgerinnen und Bürger des Landes das Vertrauen in Poroschenko verloren hatten und einen neuen Präsidenten suchten, der von außerhalb der bisherigen politischen Kreise kam. Selenskyj erfüllte dieses Kriterium, auch wenn er kein inhaltliches politisches Programm anbot, das über ein Versprechen, Korruption zu reduzieren und Frieden im Donbas wiederherzustellen, hinausging. Das Thema EU-Integration spielte kaum eine Rolle im Wahlkampf, auch wenn Korruptionsfragen indirekt damit verbunden waren.

Der erste Teil von Selenskyjs Amtszeit wurde von Versuchen, die Situation im Donbas im positiven Sinne zu verändern, dominiert. Dies bedeutete intensive Kommunikation zwischen Selenskyjs Team und ihren Counterparts in Berlin und Paris. Mit Brüssel hingegen fielen die Beziehungen spärlicher aus. Es gab Zweifel bezüglich Selenskyjs Verpflichtung zu den grundlegenden Prinzipien der Gewaltenteilung sowie im Hinblick auf seine Präferenz, schnelle Ergebnisse zu erzielen statt sich auf die langfristigen systematischen Veränderungen, die vom Assoziierungsabkommen vorgesehen waren, einzulassen. Ab März 2020 wurde es zudem schwieriger, das Verhältnis

¹⁷ Für Beispiele der jährlichen Fortschrittsberichte siehe European Union External Action (2015).

nis zu pflegen, da die Covid-19-Pandemie die Möglichkeit für persönliche Treffen weitgehend einschränkte. Mit der Zeit legte Selenskyj seinen außenpolitischen Schwerpunkt immer mehr auf Sicherheitsthemen statt auf Reformen im innenpolitischen und sozialen Bereich. Da die EU nicht zu den Hauptpartnern bei Sicherheitsfragen zählte, wurde die Beziehung zu ihr eher vernachlässigt (Stewart 2021).

In den Jahren 2014–2021 war es also vor allem die Ukraine, die das Verhältnis zur EU vorangetrieben hat. Auch wenn das Tempo je nach Bereich sehr unterschiedlich war, haben ukrainische Akteure viele für das Assoziierungsabkommen relevante Reformen lanciert und die Bedingungen für das „visafreie Regime“ erfüllt. Die EU schuf neue Institutionen, um diese Prozesse aktiv zu begleiten, agierte allerdings oft zurückhaltend und langsam, zum Beispiel was die Ratifizierung des Abkommens betrifft, aber auch in Bezug auf die Genehmigung der Visaliberalisierung. Es zeigte sich, dass sowohl die Differenzen zwischen EU-Mitgliedsstaaten als auch die Beziehungen zwischen der EU und Russland handfeste negative Folgen für die Entwicklung des EU-Ukraine-Verhältnisses haben. Die Annexion und Besatzung eines Teils der Ukraine durch Russland und die zunehmende Bedrohungslage ab Frühjahr 2021 bedeuteten auch, dass in der Ukraine die Sicherheitspolitik immer mehr im Vordergrund stand, was sich zuungunsten der Reformen auswirkte.¹⁸

Der russische Angriff als Katalysator für die Vertiefung des EU-Ukraine-Verhältnisses

Auch wenn Sicherheitsfragen eine immer stärkere Rolle für die Ukraine spielten, war weder sie noch die EU auf die großflächige russische Aggression vorbereitet, die am 24. Februar 2022 begonnen hat. Die EU hat am selben Tag den Angriff aufs Schärfste verurteilt und sofort neue, harschere Sanktionen angekündigt (Europäischer Rat 2022). Drei Tage später hat sie entschieden, Gelder der Europäischen Friedensfazilität zu nutzen, um Waffen für die Ukraine zu besorgen. Dies war das erste Mal, dass die EU Waffenlieferungen an ein Land im Krieg unternommen hatte. Bis Februar 2023 hatte die EU aus diesem Fonds 3,6 Mrd. Euro für solche Waffenlieferungen ausgegeben (Rat der Europäischen Union 2023).

18 Ab Frühjahr 2021 begann Russland, eine große Anzahl von Soldaten und Gerätschaften nahe der ukrainischen Grenze zu massieren.

Aber der größte Beitrag der EU liegt im Bereich der finanziellen Hilfen, die zwischen dem 24. Januar und dem 20. November 2022 30,3 Mrd. Euro ausmachten. Besonders wichtig war die Verpflichtung der EU, der Ukraine im Laufe des Jahres 2023 monatlich 1,8 Mrd. Euro zu liefern, um Kyjiw eine gewisse Planbarkeit zu gewährleisten und eine erhebliche Inflation zu vermeiden, die sich aus dem ungedeckten Drucken von Hrywni ergeben könnte. Auch hat die Europäische Kommission angeboten, das Sekretariat für eine koordinierte Unterstützung des Wiederaufbaus durch die G7-Staaten zu stellen. Es gibt also kaum Gründe, an dem Beistand der EU für die Ukraine zu zweifeln, auch wenn die Leistungen der einzelnen Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich ausfallen.

Bereits am 28. Februar 2022 hat die Ukraine einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt. Sie hat also entschieden, a) dass die Kriegssituation den schnellen Ausbau ihrer Beziehungen zu westlichen Akteuren erfordert, um ihre Sicherheit auf mehreren Ebenen zu erhöhen, und b) dass ein Staat, der europäische Werte auf dem Schlachtfeld verteidigt, die vollwertige Mitgliedschaft in der Europäischen Union verdient hat (Hall & Olearchyk 2022). Diese Rechnung ist aufgegangen, denn am 23. Juni 2022 hat sie den Status eines EU-Kandidatenlandes erhalten. Das heißt, alle 27 EU-Mitgliedsstaaten haben sich für diesen Schritt ausgesprochen.

In der Ukraine wurde die Verleihung des Kandidatenstatus als eine Reaktion sowohl auf die ukrainischen Leistungen im Krieg als auch auf die bislang durchgeführten Reformen wahrgenommen. Vor allem wurde die Brüsseler Entscheidung als eine geopolitische Botschaft verstanden, dass die Ukraine eindeutig zu Europa gehört. In vielen EU-Mitgliedsstaaten hingegen existierte das Gefühl, dass man sich trotz der bisher unzureichenen Reformanstrengungen für den Kandidatenstatus entscheiden musste, da es nicht akzeptabel wäre, ein Land, das grundlos angegriffen wurde und sich heldenhaft verteidigt, mit einem Nein zu verprellen. Zumal die Ukraine bereits seit vielen Jahren um die Mitgliedschaft buhlt und in vielen Reformbereichen durchaus vorangekommen ist.

Um den bestehenden Bedenken bezüglich der Reformen Rechnung zu tragen, hat die Europäische Kommission der Ukraine nicht sofort den Weg frei gemacht für Verhandlungen über die verschiedenen „Kapitel“, die abgeschlossen werden müssen, bevor ein EU-Beitritt stattfinden kann. Stattdessen hat sie (wie auch bei der Republik Moldau) einen zusätzlichen Schritt eingebaut, indem sie der Ukraine weitere „Hausaufgaben“ mitgegeben hat. Diese nahmen die Form von sieben „Empfehlungen“ an, deren Erfüllung als Voraussetzung für einen Einstieg in die erste Verhandlungsrunde gilt.

Die meisten Punkte betreffen Fragen von Korruptionsbekämpfung sowie die Justizreform, andere gehen zum Beispiel auf die Lage der Medien und der ethnischen Minderheiten im Land ein. Einige sind relativ spezifisch, andere recht breit formuliert.

Kyjiw hat diese sieben Schritte akzeptiert und sich ursprünglich verpflichtet, sie bis Ende 2022 zu erfüllen. Mit den meisten dieser Schritte ist die Ukraine auch gut vorangekommen. Das New Europe Center, ein ukrainischer Think Tank, begleitet den Prozess und hat im September 2023 die Gesamtfortschritte mit 8,1 auf einer Skala von 10 Punkten bewertet (New Europe Center 2023). Im November 2023 erschien ein Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission zu den Reformen in der Ukraine (European Commission 2023). Er erklärte vier der sieben Schritte als erfüllt und attestierte Kyjiw substantielle Ergebnisse bei den anderen drei. Die Ukraine hat auf jeden Fall die EU soweit überzeugen können, dass der Europäische Rat im Dezember 2023 sich dafür entschied, Beitrittsverhandlungen mit dem Land zu eröffnen. Es gibt also keinen Grund zu glauben, dass die EU-Mitgliedschaft der Ukraine an diesen sieben oder weiteren konkreten Empfehlungen scheitern wird. Es ist vielmehr eine Frage der Weiterentwicklung des Krieges und der Kapazitäten sowie des Willens der Ukraine, sich gleichzeitig mit Reformen zu beschäftigen. Man kann allerdings davon ausgehen, dass die Beitrittsverhandlungen viele Jahre in Anspruch nehmen werden, denn die Ukraine muss den rechtlichen Besitzstand der EU vollständig übernehmen. Sie muss sich also in Verhandlungsrunden, an denen alle EU-Mitgliedstaaten teilnehmen, durch 35 Kapiteln hindurcharbeiten, die Wirtschaftspolitik, Außenpolitik, Fragen von guter Regierungsführung usw. abdecken. Erst dann wird ein Beitrittsvertrag ausformuliert, der nicht nur von den EU-Institutionen, sondern auch von allen Mitgliedstaaten akzeptiert werden muss.¹⁹

Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs im Februar 2022 haben sich die EU-Ukraine-Beziehungen auf verschiedenen Ebenen (weiter-)entwickelt. Zuallererst hat sich Brüssel eindeutig hinter die Ukraine und gegen Russland gestellt. Dies bedeutete nicht nur politische Unterstützung, sondern auch Waffenlieferungen und massive finanzielle Hilfen für Kyjiw sowie harsche Sanktionen gegen Moskau. Strukturen wie SGUA und EU-AM haben sich flexibel gezeigt und ihre Aktivitäten für die Bedürfnisse in der Kriegssituation umgestellt. Außerdem erscheint es sehr wahrscheinlich, dass die EU eine einschlägige Rolle beim Wiederaufbau der Ukraine spielen

19 Zum Beitrittsprozess siehe Infoportal Östliches Europa (o.D.).

wird. Mit der Bewilligung im Februar 2024 von 50 Mrd. Euro für die sogenannte Ukraine Facility wird die EU sowohl mit kontinuierlichen Budgethilfen als auch mit Investitionen in den Wiederaufbau und strukturelle Reformen die Ukraine bis 2027 finanziell unterstützen können.

Die EU hat sich also als ein agiler Akteur erwiesen, der in der Lage ist, zahlreiche Arten von Unterstützung zu erbringen, auch wenn diese Leistungen erst als Reaktion auf Russlands Aggression erfolgt sind. Was die Frage der EU-Mitgliedschaft angeht, so zeigte sich Brüssel hier eher der Ukraine zugeneigt, während etliche Mitgliedsstaaten, unter anderem Deutschland, stark gezögert haben. Erst kurz vor dem Treffen des Europäischen Rates am 23. Juni 2022 wurde es klar, dass es den notwendigen Konsens für die Verleihung des Kandidatenstatus an die Ukraine (und die Republik Moldau) geben würde. In diesem Fall war es Kyjiw, der mit seinem Antrag vorgeprescht war und die EU zu einer Entscheidung gezwungen hatte. Durch den Krieg hatte die Ukraine eine sehr mächtige Motivation, sich an die EU (sowie andere Partner) zu wenden und um Unterstützung zu bitten. Von daher war Kyjiw in dieser Phase der Haupttreiber der Beziehungen. Die EU reagierte zwar nur, aber sie reagierte kraftvoll und begegnete den ukrainischen Forderungen mit einer ungewöhnlichen Energie und Stärke.

Schluss: Die Ukraine als Haupttreiber der Beziehungen zur EU

Die letzten drei Jahrzehnte zeugen von einer beeindruckenden Evolution der EU-Ukraine-Beziehungen, die mit einer Neuorientierung auf beiden Seiten nach dem Zerfall der UdSSR begann und ihren bisherigen Kulminationspunkt in der Verleihung des Status eines EU-Kandidatenlands an die Ukraine im Juni 2022 fand. In einer ersten Phase ging der Impetus eher von der EG/EU aus, die ihre Beziehungen zu den Ländern östlich der EU regeln wollte. Dieser Wunsch steigerte sich nach der EU-Osterweiterung 2004, weil dadurch die Ukraine sowie andere ehemalige Sowjetrepubliken direkte Nachbarn der EU wurden. Danach übernahm aber vor allem die Ukraine die Initiative. Da die EU in Bezug auf das Endziel der von ihr im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik geschaffenen Östlichen Partnerschaft gespalten blieb, wäre von ihrer Seite aus eine Stabilisierung der Beziehungen unter dem Niveau der Mitgliedschaft wünschenswert gewesen. Aber Großereignisse in der Ukraine und das Bedürfnis der ukrainischen Außenpolitik, ein Gegengewicht zu Russland zu schaffen, trieben das Verhältnis zur EU immer weiter in Richtung Mitgliedschaft.

Vor Februar 2022 sah es so aus, als ob der vorläufige Höhepunkt mit der Ratifizierung eines Assoziierungsabkommens erreicht wurde. Aber der russische Großangriff auf die Ukraine hat die Gesamtlage geändert. Er hat Kyjiw dazu getrieben, einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft zu stellen, und Brüssel dazu veranlasst, die Ukraine als EU-Kandidatenland anzuerkennen. Auch wenn das Aufnahmeverfahren sicherlich viele Jahre in Anspruch nehmen wird, ist die Ukraine näher an einer EU-Mitgliedschaft als je zuvor. Sie hat auch bewiesen, dass sie in der Lage und willens ist, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur europäischen Sicherheit beizutragen, selbst wenn sie dafür mit den Leben vieler Bürger und Bürgerinnen sowie der Zerstörung großer Teile des Landes zahlen muss. Trotz ihrer vulnerablen geopolitischen Lage zwischen der EU und Russland hat die Ukraine eine beeindruckende militärische, politische und gesellschaftliche Resilienz demonstriert, die im Fall einer Aufnahme in die Europäische Union sowohl eine Bereicherung als auch eine Herausforderung für Brüssel und die derzeitigen Mitgliedstaaten darstellen wird.

Literatur

- Burlyuk, O. & N. Shapovalova, 2017: "Veni, vidi, ... vici?" EU performance and two faces of conditionality towards Ukraine. *East European Politics* 33 (1): 36–55.
- EURACTIV.com & AFP, 2016: Hurdle cleared to visa-free EU travel for Ukraine, Georgia. <https://www.euractiv.com/section/enlargement-neighbourhood/news/hurdle-cleared-to-visa-free-eu-travel-for-ukraine-georgia/> (3.10.2023).
- Europäische Kommission, 2017: Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine tritt vollständig in Kraft. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_17_3045.
- Europäischer Rat, 2022: Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, 24. Februar 2022. <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/02/24/european-council-conclusions-24-february-2022/>.
- European Commission, 2015: Trilateral Talks on EU-Ukraine DCFTA – Distinguishing between Myths & Reality.
- European Commission, 2023: Commission Staff Working Document: Ukraine 2023 Report. https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/ukraine-report-2023_en.
- European Union External Action, 2015: ENP Progress reports | EEAS. https://www.eea.s.europa.eu/eeas/enp-progress-reports_en.
- Hall, B. & R. Olearchyk, 2022: Ukraine has upgraded its war aims as confidence grows, says foreign minister. *Financial Times*, 10.05.2022. <https://www.ft.com/content/8db0d387-fb41-4142-b78f-6619d36d8be0> (3.10.2023).

- Hurak, I., 2019: Україні на шляху до ЄС в часи президенства Віктора Ющенка: період «втрачених можливостей» чи поміркований поступ у складних geopolітичних обставинах? [Die Ukraine auf dem Weg zur EU während der Präsidentschaft von Wiktor Juschtschenko: Eine Periode „verlorener Möglichkeiten“ oder ein ausgewogenes Vorgehen in schwierigen geopolitischen Umständen?]. *Naukovi zapiski* 98 (2): 281–298, https://ipiend.gov.ua/wp-content/uploads/2020/05/gurak_ukraina.pdf.
- Infoportal Östliches Europa [ohne Datum]: EU-Beitritt der Ukraine. Die Ukraine auf dem Weg in die Europäische Union. <https://osteuropa.lpb-bw.de/ukraine-eu-beitritt>.
- International Crisis Group [ohne Datum]: Conflict in Ukraine's Donbas. A Visual Explainer. <https://www.crisisgroup.org/content/conflict-ukraines-donbas-visual-explainer>.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2003: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52003DC0104&from=EN> (3.10.2023).
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2004: Mitteilung der Kommission. Europäische Nachbarschaftspolitik: Strategiepapier. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52004DC0373&from=en>.
- Molchanov, M., 2004: Ukraine and the European Union. A perennial neighbour? *Journal of European Integration* 26 (4): 451–473.
- New Europe Center, 2023: Candidate Check-5. Where Ukraine is in the implementation of 7 EU recommendations. <http://neweurope.org.ua/en/analytcs/kandydat-check-5-de-ukrayina-perebuvaye-u-vykonanni-7-rekomendatsij-yes/>.
- Onuch, O., 2014: Who Were the Protesters? *Journal of Democracy* 25 (3): 44–51.
- Pridham, G., 2014: EU/Ukraine Relations and the Crisis with Russia, 2013–14. A Turning Point. *The International Spectator* 49 (4): 53–61.
- Rat der Europäischen Union, 2023: Ukraine. Rat vereinbart weitere militärische Unterstützung im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität. Pressemitteilung, 2. Februar 2023. https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/02/02/ukraine-council-agrees-on-further-military-support-under-the-european-peace-facility/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Ukraine:+Council+agrees+on+further+military+support+under+the+European+Peace+Facility.
- Sherr, J., 2010: The Mortgaging of Ukraine's Independence. https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/public/Research/Russia%20and%20Eurasia/bp0810_sherr.pdf.
- Shyrokykh, K., 2018: The Evolution of the Foreign Policy of Ukraine. External Actors and Domestic Factors. *Europe-Asia Studies* 70 (5): 832–850.
- Solonenko, I., 2011: Added Value? Eastern Partnership and EU–Ukraine Bilateral Relations. https://www.irf.ua/files/ukr/programs/euro/solonenko_added-value.pdf.
- Stewart, S., 2011: Die Ukraine und die EU. Weniger Tymoschenko, mehr Werte. https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2011A50_stw_ks.pdf.

- Stewart, S., 2021: Ukrainische Außenpolitik unter Selenskyj. Von Wirtschaft zu Sicherheit. *Ukraine-Analysen* (251): 2–5.
- Stewart, S., 2022: L’Ukraine et le monde : quels obstacles à une politique étrangère effective? *Annuaire français de relations internationales Volume XXIII*: 513–528.
- Sushko, O. & O. Prystayko, 2006: Western Influence. S. 125–144 in: A. Åslund & M. McFaul (Hrsg.), *Revolution in orange. The origins of Ukraine’s democratic breakthrough*. Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace.
- Teffer, P., 2016: Dutch PM clinches deal on Ukraine treaty. EUobserver, 15.12.2016. <https://euobserver.com/world/136305>.
- van der Loo, G., P. van Elsuwege & R. Petrov, 2014: The EU-Ukraine Association Agreement. Assessment of an Innovative Legal Instrument. *SSRN Electronic Journal* 3493 (2): 192.
- Werchowna Rada Ukrainsi, 1993: Про Основні напрями зовнішньої політики України | LIGA:ZAKON. [ENTSCHLIESSUNG der Werchowna Rada der Ukraine Über die allgemeine Richtung der Außenpolitik der Ukraine]. https://ips.ligazakon.net/document/view/t336000?an=1&ed=1993_07_02.
- Wolczuk, K., 2008: Ukraine and its relations with the EU in the context of the European Neighbourhood Policy. S. 87–117 in: S. Fischer, R. Puglisi & K. Wolczuk (Hrsg.), *Ukraine: quo vadis?* Chaillot Paper 108. Paris: Institute for Security Studies.